

EU-MONITORING

Ausgabe N° 2

Februar/März 2024

IM FOKUS

Zwei UN-Kommissionssitzungen in New York

EUROPÄISCHE UNION

INSTITUTIONEN

Europäische Kommission | Europäischer Rat

Rat der EU | Europäisches Parlament

INSTRUMENTE

Europäische Säule sozialer Rechte | Kindergarantie

EUROPARAT

AKTUELLE THEMEN

Grundrechte

Ältere Menschen & Pflege | Kinder und Jugendliche

Gleichstellung der Geschlechter | Equal Care

Geschlechtsbezogene Gewalt

Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte | LGBTIQ*

Nachhaltigkeit

IMPRESSUM

Im Fokus: Zwei UN-Kommissionssitzungen in New York

UN-Sozialentwicklungskommission

Die **UN-Sozialentwicklungskommission** (CSocD) ist eine der acht funktionalen Kommissionen, die der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) seit 1946 eingerichtet hat, um ihn zu beraten und bei der Arbeit zu unterstützen.

Seit der Einberufung des Weltgipfels für soziale Entwicklung in Kopenhagen 1995 ist die Kommission außerdem das wichtigste UN-Gremium, welches für das Follow-up und die **Umsetzung der Erklärung und des Aktionsprogramms von Kopenhagen** zuständig ist.

Als Ergebnis des Gipfels wurde das Mandat der Kommission überarbeitet und ihre Mitgliederzahl 1996 von 32 auf 46 erweitert (zu Beginn hatte die Kommission sogar nur 18 Mitglieder). Diese werden vom ECOSOC auf der Grundlage nach regionalen Gesichtspunkten für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt.

Einmal im Jahr tagt die Sozialentwicklungskommission in New York, in der Regel im Februar. Vom 5. bis 14. Februar fand nun die 62. UN-Sozialentwicklungskommission (CSocD62) statt.

- Zentrale Themen der diesjährigen Veranstaltung waren unter anderem die **Förderung der sozialen Entwicklung und der sozialen Gerechtigkeit** durch sozialpolitische Maßnahmen, um die **nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030** umzusetzen und das übergeordnete Ziel der **Beseitigung von Armut** zu erreichen. Dazu gab es eine Reihe an High-Level Panels, darunter ein **Multi-Stakeholder Forum**, um gute Praktiken und innovative Lösungen zur Förderung der sozialen Entwicklung und sozialen Gerechtigkeit auszutauschen. Daneben fand ein **Panel** zur Frage statt, wie die Sozialpolitik integrative, widerstandsfähige und gerechte Gesellschaften schaffen kann, die niemanden zurücklassen. Ebenso stand als neues Thema der **Einfluss der digitalen Transformation auf inklusives Wachstum und Entwicklung** auf der Agenda. Die Kommission beging außerdem das dreißigjährige Jubiläum des **Internationalen Jahres der Familie**.
- Neben der Hauptveranstaltung fanden zahlreiche **Side Events** statt, darunter das **Civil Society Forum**. Dieses dient der Zivilgesellschaft als Raum für Austausch, Vernetzung und der gemeinsamen Entwicklungen von Strategien zu den Themen der CSocD62 – sowohl untereinander, als auch mit Mitgliedstaaten, UN-Vertreter*innen¹ sowie anderen Akteur*innen. Weiterführende Informationen, Stellungnahmen von Nichtregierungsorganisationen sowie Videomaterial [hier](#).

¹ Zur Sprachverwendung der Beobachtungsstelle.

UN-Frauenrechtskommission

Die **Frauenrechtskommission** (CSW) ist das zentrale Organ der Vereinten Nationen im Bereich der Gleichstellung von Frauen und Männern. Sie wurde am 21. Juni 1946 als funktionale Kommission des UN-Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) eingerichtet. Die CSW hat 45 Mitglieder, die durch den ECOSOC nach regionalen Gesichtspunkten für vier Jahre gewählt werden. Deutschland war von 1997 bis 2017 ununterbrochen Mitglied der Frauenrechtskommission und von April 2019 bis April 2023.

Einmal jährlich im ersten Quartal tagt die Frauenrechtskommission für zwei Wochen in New York. Vom 11 bis 22. März fand die 68. Sitzung der UN-Frauenrechtskommission (CSW68) statt.

- Schwerpunktthema der diesjährigen Sitzung war die **Beschleunigung der Gleichstellung der Geschlechter und Teilhabe aller Frauen und Mädchen durch Armutsbekämpfung sowie durch die geschlechtergerechte Stärkung von Institutionen und Finanzpolitik**. Die **offiziellen Veranstaltungen der Sitzung** werden von UN Women koordiniert. An diesen themenbezogenen Runden und Diskussionen sowie informellen Konsultationsrunden nehmen die Vertreter*innen der CSW-Mitgliedstaaten teil. Zudem gab es interaktive Events, wie ein **Expert*innen-Panel zum Schwerpunktthema**, einen **Dialog über Künstliche Intelligenz zur Förderung der Geschlechtergleichstellung** und einen **interaktiver Dialog mit Jugendvertreter*innen**. Die Ergebnisse der 68. Sitzung wurden in Form von vereinbarten **Schlussfolgerungen** veröffentlicht, die von allen Mitgliedstaaten ausgehandelt wurden.
- Neben den offiziellen Veranstaltungen für Regierungsvertreter*innen fanden auch zahlreiche **Side Events** von Regierungen statt. Das BMFSFJ veranstaltete unter dem Titel **Die Armutsfalle von Alleinerziehenden durchbrechen** ein Side-Event mit Bundesministerin Lisa Paus. Dabei wurde über die Ursachen und Folgen der Armut von Alleinerziehenden, insbesondere von Müttern, diskutiert.
- Parallel fand zudem das **Civil Society Forum** statt, bei dem sich NGOs aus aller Welt für mehr als 700 parallele Veranstaltungen anmelden konnten. Die NGOs entwickelten ebenfalls **Empfehlungen** für das Abschlussdokument. Weiterführende Informationen, Stellungnahmen von Nichtregierungsorganisationen sowie Videomaterial [hier](#).

Europäische Union

Institutionen

Europäische Kommission

- Im Januar hat der [Beratende Ausschuss für Chancengleichheit von Frauen und Männern](#) ein **Positionspapier zur Prävention geschlechtsbezogener und häuslicher Gewalt** veröffentlicht.
- Am 24. Januar hat die Kommission die [Europäische Bürgerinitiative Verbot von Konversionsmaßnahmen in der Europäischen Union](#) registriert ([Pressemitteilung](#)). Konversionsmaßnahmen sind Eingriffe, die darauf gerichtet sind, die sexuelle Orientierung, die Geschlechtsidentität und/oder den Geschlechtsausdruck von ⇒ [LGBTIQ*-Personen](#) zu verändern, einzuschränken oder zu unterdrücken.
- Am 6. Februar hat die Kommission strafrechtliche Neuerungen im **Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern** vorgeschlagen ([Pressemitteilung](#)).
- Am 16. Februar ist das **Gesetz über digitale Dienste** in der EU vollständig in Kraft getreten. Dieses sieht unter anderem mehr Nutzer*innenrechte bei Cybergewalt und den besseren Schutz von Minderjährigen im Netz vor ([Pressemitteilung](#)). Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) hat Empfehlungen für eine **geschlechtssensible Berichterstattung digitaler Dienste** formuliert ([Pressemitteilung](#)).
- Im Februar hat die Kommission den [European Equality Law Review 2023](#) veröffentlicht, der sich mit der Umsetzung von Gleichstellungspolitik in verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten beschäftigt.
- Am 5. Februar haben die Kommission und der Hohe Vertreter die Verpflichtung der EU, **weibliche Genitalverstümmelung weltweit zu beenden**, bestätigt ([Pressemitteilung](#)).
- Die Kommission hat im März ihren jährlichen [Bericht über die Gleichstellung der Geschlechter in der EU 2024](#) veröffentlicht. Dieser informiert darüber, welche Schritte zur Umsetzung der [Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025](#)² ergriffen wurden.

² Die Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025 (als auch die Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen) werden in der [Fokausgabe des EU-Monitorings zur Union der Gleichheit](#) der Beobachtungsstelle ausführlich vorgestellt.

Rechtsstaatlichkeit in Europa

Im Rahmen des EU-Monitorings berichten wir regelmäßig über die **Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn und Polen**, die die Kommission aufgrund von Verstößen gegen die Rechte von ⇨ **LGBTIQ*-Personen** und der Aushöhlung demokratischer Strukturen, etwa im Justizsystem oder der Medienlandschaft, in den beiden Ländern eingeleitet hat. Antidemokratische und LGBTIQ*-Menschen feindliche Reformen gehen hier Hand in Hand.³

- Am 20. Februar hat **Polen** einen Aktionsplan zur Wiederherstellung der polnischen Rechtsstaatlichkeit vorgelegt und erklärt, dass das Land aus Regierungsperspektive die Charta der Grundrechte der EU wieder einhalte. Der Aktionsplan wurde von der Kommission positiv begrüßt ([Pressemitteilung](#)) und am 29. Februar hat die Kommission Polen den Zugang zu 137 Milliarden Euro an EU-Mitteln ermöglicht ([Pressemitteilung](#)).
- Am 14. März gab Parlamentspräsidentin Roberta Metsola bekannt, dass das ⇨ **Parlament** eine Klage gegen die Kommission vorbereite, weil diese 10,2 Milliarden Euro an **Ungarn** frei gegeben hatte, obwohl die Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Grundwerte in dem Land weiterhin ausgehöhlt werden ([Spiegel-Artikel](#)).

Europäischer Rat

- Der Europäische Rat trat außerplanmäßig am 1. Februar ([Tagesordnung](#)⁴) und am 21./22. März ([Schlussfolgerungen](#)⁵) zusammen.
- Die nächste Sitzung ist außerplanmäßig am 17./18. April ([Ankündigung](#)⁶) und planmäßig am 27./28. Juni ([Ankündigung](#)⁷).

³ Die Beobachtungsstelle setzt sich ausführlich mit diesen Zusammenhängen in ihren Arbeiten auseinander, siehe beispielsweise den [Newsletter zur europäischen Anti-Gender-Bewegung](#) oder die [Arbeitspapiere zur Gleichstellung von LGBTIQ*-Personen](#).

⁴ Geschützter Link: <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2024/02/01/>

⁵ <https://www.consilium.europa.eu/media/70888/euco-conclusions-2122032024-de.pdf>

⁶ <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2024/04/17-18/>

⁷ <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2024/06/27-28/>

Rat der Europäischen Union

- Am 6. Februar haben Rat und Parlament eine Einigung zum **Richtlinienentwurf zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt** erzielt ([Pressemitteilung](#)⁸). Der ⇒ [FEMM-Ausschuss](#) hat dem Text bereits zugestimmt, voraussichtlich im April wird das Parlamentsplenum abstimmen. Weitere Informationen, auch zu Reaktionen aus der Zivilgesellschaft finden sich beim Themenschwerpunkt ⇒ [geschlechtsbezogener Gewalt](#).
- Am 9. Februar haben Rat und Parlament eine Einigung zum **europäischen Behindertenausweis** erzielt ([Pressemitteilung](#)).
- Am 20. Februar hat der Rat sich auf den Text für die **Richtlinie zur Standardisierung der Gleichbehandlungsstellen** (Verfassungsgrundlage Artikel 19 AEUV) geeinigt. Der ⇒ [FEMM-Ausschuss](#) hat dem Text bereits zugestimmt, voraussichtlich im Mai wird das Parlamentsplenum abstimmen ([Pressemitteilung](#)⁹).
- Am 27. Februar hat der Rat Olof Skoog zum **EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte** berufen. Die Amtszeit von Eamon Gilmore ist Ende Februar zu Ende gegangen ([Pressemitteilung](#)¹⁰).
- Am 19. März hat der Rat die **Richtlinie über den Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offensichtlich unbegründeten Klagen oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren** („strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“) angenommen ([Pressemitteilung](#)¹¹). Die Mitgliedstaaten haben damit nun gut zwei Jahre Zeit, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. ⇒ [Siehe auch Meldung bei Parlament](#).
- Am 20. März hat der Hohe Vertreter anlässlich des Tages zur **Beseitigung rassistischer Diskriminierung** eine Erklärung abgegeben ([Pressemitteilung](#)¹²).

⁸ <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2024/02/06/violence-against-women-council-and-european-parliament-reach-deal-on-eu-law/>

⁹ https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2024/02/20/equality-bodies-council-agrees-on-final-text-to-strengthen-their-role-across-the-eu/?utm_source=dsm-s-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Equality+bodies%3a+Council+agrees+on+final+text+to+strengthen+their+role+across+the+EU

¹⁰ <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/26/human-rights-eu-appoints-a-new-special-representative/>

¹¹ <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/03/19/anti-slapp-final-green-light-for-eu-law-protecting-journalists-and-human-rights-defenders/>

¹² <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/03/20/international-day-for-the-elimination-of-racial-discrimination-statement-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-european-union/>

Belgische EU-Ratspräsidentschaft (1. Januar bis 30. Juni 2024)

Belgien hat am 1. Januar 2024 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen. Über das Programm, kommende Veranstaltungen und Neuigkeiten des Vorsitzes wird auf der Webseite <https://belgian-presidency.consilium.europa.eu/> informiert.

Die konkreten gesellschaftspolitischen Vorhaben der belgischen Ratspräsidentschaft und der derzeit laufenden Trio-Präsidentschaft Spanien–Belgien–Ungarn sind in der aktuellen Fokusausgabe des EU-Monitorings der **Beobachtungsstelle** zur [EU-Ratspräsidentschaft](#) zusammengefasst.

Fokus auf Geschlechtergleichstellung

- Im Januar und Februar haben Vertreter*innen der belgischen Ratspräsidentschaft die parlamentarischen Ausschüsse über ihre Agenda informiert. Im gleichstellungspolitischen Bereich steht die **Stärkung der Gleichstellungspolitik und Vorbereitung der gleichstellungspolitischen Agenda für die neue Legislaturperiode** im Vordergrund. Zudem möchte die Ratspräsidentschaft die Verabschiedung der Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt begleiten ([Pressemitteilung](#)).
- Am 8. Februar fand eine hochrangige Konferenz zur **geschlechtsbezogenen Rentenlücke** statt. Die Ratspräsidentschaft möchte die Rentenlücke auf europäischer und nationaler Ebene angehen. Dieses Ziel soll in der geplanten interinstitutionellen La Hulpe Erklärung zur Zukunft des sozialen Europas festgehalten werden ([Pressemitteilung](#)).
- Am 27. Februar haben sich die Gleichstellungsminister*innen zu einem informellen Treffen in Brüssel getroffen. Die Trio-Ratspräsidentschaft hat zu diesem Anlass, die im Juli 2023 beschlossene **gemeinsame Erklärung für Geschlechtergleichstellung** symbolisch unterzeichnet ([Pressemitteilung](#)). Darüber hinaus hat die belgische Ratspräsidentschaft Unterstützung für ihr Vorhaben erhalten, einen **Änderungsantrag** zu stellen, der Geschlechtergleichstellung im Namen der aktuellen **Ratsformation** Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz verankern soll. Dies soll beim nächsten ⇒ [EPSCO-Rat](#) Treffen diskutiert werden ([Pressemitteilung](#)).
- Im Auftrag der belgischen Ratspräsidentschaft hat das **Europäische Institut für Gleichstellungsfragen** (EIGE) eine [Studie](#) zum Zusammenhang von geschlechtsbezogenen Ungleichheiten in Bezug auf finanzielle Unabhängigkeit mit der Ausgestaltung von Steuer- und Sozialleistungssystemen, sowie den Effekten von traditionellen Ansätzen zur Zusammenlegung und Aufteilung von Einkommen im Haushalt durchgeführt. Die vollständige Studie wurde am 11. März veröffentlicht. Eine [Kurzzusammenfassung](#) ist ebenfalls verfügbar.

Weitere Informationen

- Vom 2. bis 5. März fand die **European Youth Conference** statt ([Konferenzwebseite](#)).
- Am 13./14. März fand ein Expert*innentreffen zu **Häusliche Gewalt: Eine Herausforderung für die europäischen Strafrechtssysteme und die Bewährungshilfe** statt ([Ankündigung](#)).
- Am 25. März fand die Konferenz **Bestandsaufnahme von Extremismus und Populismus: Auswirkungen auf die Zunahme von Rassismus in Europa** statt ([Ankündigung](#)).
- Vom 25. bis 28. März fand eine **informelle Tagung der Nationalen Agenturen im Bereich der Jugendarbeit** statt ([Ankündigung](#)).

Veranstaltungshinweise:

- Vom 31. März bis 7. April findet das **Europäische Jugendparlament: Internationales Gentforum** statt. Alle erarbeiteten Politikempfehlungen sollen im Anschluss an das Ereignis veröffentlicht werden ([Ankündigung](#)).
- Am 16./17. Mai findet eine hochrangige Konferenz zu **Pride Bündnisse und Politik: Zu einer Union der Gleichheit** statt. Ziel ist es, die aktuelle [Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen](#)² zu evaluieren und eine Erklärung zu unterzeichnen, in der die EU-Mitgliedstaaten und die [Kommission](#) ermutigt werden sollen, sich weiterhin für LGBTIQ*-Menschen einzusetzen ([Ankündigung](#)).

Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO)

- Am 26./27. Februar fand ein informeller EPSCO-Rat speziell zu Gleichstellung statt [⇒ Bericht bei belgische Ratspräsidentschaft](#).
- Der EPSCO-Rat trat am 11./12. März als so genannter Jumbo-Rat gemeinsam mit dem Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) zusammen. Unter anderem wurde die **Stärkung der Jugendgarantie** und die **Bedeutung der europäischen Säule sozialer Rechte** besprochen ([Wichtigste Ergebnisse](#)¹³).
- Das nächste offizielle Treffen des EPSCO-Rates findet am 7. Mai statt ([Ankündigung](#)¹⁴). Das Treffen wird sich zum ersten Mal ausschließlich **gleichstellungspolitischen Themen** widmen.

¹³ <https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/epsco/2024/03/11/>

¹⁴ <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/epsco/2024/05/07/>

Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport (BJKS)

- Das nächste offizielle Treffen des BJKS-Rates findet am 13./14. Mai statt (Tagesordnung¹⁵).

Europäisches Parlament

Die nächsten Wahlen des Europäischen Parlaments finden vom 6. bis 9. Juni 2024 statt.

Die Europawahlen sind eine der größten demokratischen Wahlen der Welt: Fast 450 Millionen Europäer*innen wählen die über 700 Mitglieder des Europäischen Parlaments. Das Parlament ist die einzige direkt gewählte transnationale Versammlung der Welt und die einzige Institution der Europäischen Union, die direkt gewählt wird. 1979 fand die erste direkte Wahl des Parlaments statt.

Um die Europawahlen 2024 ausführlich zu begleiten, hat die **Beobachtungsstelle** ein Schwerpunktthema auf ihrer Webseite eingerichtet. Dort finden Sie ausführliche Informationen, beispielsweise eine aktuelle Sonderausgabe des EU-Monitorings zu den Europawahlen, die von uns recherchierte Informationen rund um die Wahlen im Bereich der Gesellschaftspolitik zusammenstellt.

Das Parlament trat vom 5. bis 8. Februar, vom 16. bis 29. Februar und vom 11. bis 14. März zusammen:

- Am 8. Februar hat das Parlament in einer Entschließung zum Umsetzungsbericht der **Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen 2020–2025**² eine stärkere Rolle für eine Kommissarin für Gleichstellung und Diversität und eine Folgestrategie ab 2025 gefordert ([Pressemitteilung](#), [Parlamentsdokumentation](#)).
- Am 8. Februar hat das Parlament eine Entschließung angenommen, in der es vor der **russischen Beeinflussung rechtsextremer Parteien in der EU und dadurch Aushöhlung demokratischer Grundwerte** warnt ([Pressemitteilung](#)).
- Ebenfalls am 8. Februar hat das Parlament eine [Entschließung](#) angenommen, in der es die **EU Prioritäten für die** ⇒ **68. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau** definiert.
- Am 28. Februar hat das Parlament einen Text angenommen, indem es die Inaktivität der Kommission beim **Schutz demokratischer Grundwerte in der EU** kritisiert ([Pressemitteilung](#)).
- Im Februar hat das Parlament ein Briefing zum Thema [Violence against women active in politics in the EU. A serious obstacle to participation](#) veröffentlicht. Das Briefing zeigt auf, wie **Gewalt gegen Politikerinnen** deren demokratische Beteiligung einschränkt

¹⁵ <https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/eycs/2024/05/13-14/>

und welche Maßnahmen auf nationaler und EU-Ebene zur Bekämpfung dieser Gewalt getroffen werden.

- Ebenfalls im Februar hat der Think Tank des Europäischen Parlaments die Analyse [The situation of young carers in Europe](#) veröffentlicht. Die Analyse verdeutlicht, dass das Bewusstsein für die Herausforderungen und **Situationen von jungen, pflegenden Angehörigen** weiterhin mangelhaft ist.
- Am 14. März hat das Parlament in einer Debatte mit Kommissarin für Kohäsion, Elisa Ferreira, die Aufnahme eines **Rechts auf Schwangerschaftsabbruch** in die EU Grundrechtecharta debattiert ([EP Today](#)). Nachdem Frankreich Ende Februar ein solches Recht in der Verfassung verankert hatte, wollen die EU-Parlamentarier*innen im April erneut über eine Entschließung, die eine entsprechende Ergänzung der EU Grundrechtecharta fordert, abstimmen ([EU News-Artikel](#), [Mitschnitt der Debatte](#)).

Die nächste Plenarsitzung findet am 10./11. April statt ([Tagesordnung](#)).

Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM-Ausschuss)

- Am 15. Februar haben der FEMM-Ausschuss und der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) die Einigung zur Richtlinie zur **Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt** angenommen. Im April wird darüber im Plenum abgestimmt ([Pressemitteilung](#)).
- Am 14. März hat der FEMM-Ausschuss abgestimmt, dass das Parlament dem Entwurf zur Richtlinie für **Standards der Gleichbehandlungsstellen** (Verfassungsgrundlage [Artikel 19 AEUV](#)) zustimmen sollte ([Pressemitteilung](#)).

Instrumente

Europäische Säule sozialer Rechte

Die [europäische Säule sozialer Rechte](#) wurde am 17. November 2017 von Parlament, Rat und Kommission proklamiert und soll soziale Rechte für Bürger*innen aufbauend auf 20 Grundsätzen der drei Dimensionen 1) Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, 2) Faire Arbeitsbedingungen sowie 3) Sozialschutz und soziale Inklusion gewährleisten. Am 4. März 2021 hat die Kommission einen [Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte](#) veröffentlicht, der neue soziale Leitziele bis 2030 in den Bereichen der Säule festlegt. Die **Beobachtungsstelle** hat sich in ihrem [Newsletter 1/2022](#) mit beiden Instrumenten auseinandergesetzt.

- Am 12. Februar veranstalteten die **Foundation for European Progressive Studies (FEPS), Social Platform, Solidar, AK Europa und das European Policy Centre** einen [politischen Dialog](#) zur Zukunft der europäischen Säule sozialer Rechte ([Dokumentation](#)). Auf der Veranstaltung wurden mit Blick auf die Überprüfung des [Aktionsplans zur europäischen Säule sozialer Rechte](#) im Jahr 2025, auf das nächste [Arbeitsprogramm](#) der Europäischen Kommission und auf eine neue [Strategische Agenda der EU](#)¹⁶ Vorschläge für die Gestaltung europäischer Sozialpolitik formuliert. Begleitend wurde eine umfassende [Publikation zum Status Quo](#) veröffentlicht

Auf der Veranstaltung wurde zudem eine gemeinsame [Policy-Studie](#) veröffentlicht. Diese analysiert Fortschritte der EU im Bereich der sozialen Rechte, unterstreicht die Bedeutung der Erkenntnisse der Sozialpartner*innen und der Zivilgesellschaft bei der Gestaltung wirksamer Politik und identifiziert Schlüsselbereiche, die weiteres Handeln erfordern.

- **FEPS** hat am 24. Januar das [Progressive Yearbook 2024](#) veröffentlicht. Die Publikation enthält unter anderem Beiträge zu Erwartungen der jungen Generation an die europäische Politik, zur Rolle der EU bei der Umsetzung der [Agenda 2030](#) sowie zu Hürden der Implementierung von EU-Richtlinien im Rahmen der europäischen Säule sozialer Rechte.
- **Veranstaltungshinweis:** Am 15./16. April findet im Rahmen der [⇒ belgischen Ratspräsidentschaft](#) eine **hochrangige Konferenz zur europäischen Säule sozialer Rechte** statt. Ziel dieser ist es, teilnehmende Vertreter*innen der Kommission, des Parlaments und des Rates, Sozialpartner*innen und zivilgesellschaftliche Organisation eine „La Hulpe Erklärung“ unterzeichnen zu lassen, in der die zukünftige soziale Agenda 2024–2029 vorbereitet wird und die Verpflichtung zur europäischen Säule bestätigt wird ([Pressemitteilung](#)).

¹⁶ <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/strategic-agenda-2024-2029/>

Kindergarantie zur Bekämpfung von Kinderarmut

Ziel einer Kindergarantie der Europäischen Union ist die **Bekämpfung von Kinderarmut**, indem allen Kindern europaweit qualitativ hochwertige Diensten effektiv und kostenlos zugänglich gemacht werden. Zu diesen Leistungen zählen unter anderem Erziehung, Bildung, Ernährung und Wohnen.

Die **Beobachtungsstelle** stellt in einer [Hintergrundinformation](#) die Entwicklung der Kinderarmut in der EU und die Kindergarantie als europäisches Instrument zu dessen Bekämpfung ausführlich vor.

Drei Jahre Kindergarantie:

Am 24. März 2021 hat die **Europäische Kommission** einen [Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Einführung einer Europäischen Kindergarantie](#) angenommen, die weitreichende Implikationen für die europaweite Bekämpfung von Kinderarmut hat, deren aktueller Stand im Folgenden vorgestellt wird.

- Am 19. Januar hat die Kommission einen ersten **Überwachungsrahmen** zur Bewertung der Fortschritte bei der Umsetzung der Kindergarantie veröffentlicht. Dieser wurde gemeinsam mit der [Untergruppe Indikatoren des Ausschuss für Sozialschutz](#) entwickelt und bereits im November 2023 vom [Ausschuss für Sozialschutz](#) gebilligt.

Der Überwachungsrahmen besteht aus sieben Bereichen mit insgesamt 30 Indikatoren. Er soll helfen, die Anzahl bedürftiger Kinder in der EU numerisch zu erfassen sowie den Zugang zu den in der Kindergarantie abgedeckten Diensten zu überwachen. Die Mitgliedsstaaten sind angehalten, den Überwachungsrahmen für ihre im März 2024 fälligen Fortschrittsberichte zu verwenden. Bestehende Datenlücken des Rahmens sollen fortführend geschlossen werden.

- Die **Mitgliedstaaten** waren nach Verabschiedung der [Empfehlung zur Einführung einer Europäischen Garantie für Kinder](#) am 14. Juni 2021 angehalten, unter Einbezug von Interessenträger*innen eine*n nationale*n Koordinator*in für die Garantie für Kinder zu benennen und der Kommission innerhalb von neun Monaten nach Annahme der Empfehlung einen Aktionsplan für den Zeitraum bis 2030 vorzulegen, mit dem diese Empfehlung umgesetzt wird.
 - Im März 2022 hat die Europäische Kommission eine **Liste nationaler Koordinator*innen** veröffentlicht, die mehrmals aktualisiert wurde.
 - **Nationale Aktionspläne** wurden teilweise nicht in der vorgesehenen Frist eingereicht. Mit mindestens 20 Monaten Verspätung liegen nun die letzten ausstehenden Aktionspläne von Lettland, Österreich und Rumänien vor. Mittlerweile liegen auch mit Ausnahme von Belgien, Frankreich und Spanien alle Pläne in Englisch vor.

- Zudem ist in der Empfehlung vorgesehen, dass die Mitgliedstaaten **alle zwei Jahre einen Bericht an die Kommission** über die Fortschritte bei der Umsetzung dieser Empfehlung erstatten. Die ersten Berichte wurden von Finnland, Ungarn, Italien und Zypern vorgelegt und sind ebenfalls auf der Kommissionswebseite zu finden (Stand: 27.03.2024).
- Ergänzend hat die Kommission den Mitgliedstaaten ein **Feedback zu ihren Nationalen Aktionsplänen** gegeben. Die Mitgliedstaaten können diese Empfehlungen in einer Überarbeitung ihres Aktionsplans oder in ihrem Umsetzungsbericht berücksichtigen.
 - Aus einem Bericht der [AGF-Europeans 2/2024](#) geht hervor, dass zu diesem Zweck auch die für **Deutschland** benannte Koordinatorin zur Europäischen Garantie für Kinder Ekin Deligöz, Parlamentarische Staatssekretärin im BMFSFJ, angeschrieben wurde. Demnach enthält das Schreiben detaillierte Empfehlungen für Ergänzungen, um alle arbeitsgefährdeten und von sozialer Ausgrenzung bedrohten Kinder zu erreichen. Auf das Schreiben wurde laut **AGF** seitens des BMFSFJ bereits reagiert und darauf verwiesen, dass der Nationale Aktionsplan ein dynamisches Instrument sei und die Anmerkungen der Kommission eine gute Unterstützung für den weiteren Prozess darstellten. Der erste Fortschrittsbericht werde die Beobachtungen berücksichtigen und Ende 2024 eingereicht werden. Außerdem nehme Deutschland das Angebot der Kommission auf ein bilaterales Treffen gern an.
- **Eurofound** hat im Februar zwei Studien veröffentlicht: Die erste Studie [Analysis of the European Child Guarantee monitoring frameworks](#) analysiert die von den EU-27-Mitgliedstaaten in den Nationalen Aktionsplänen zugrunde gelegten Überwachungsrahmen zur Umsetzung der Kindergarantie und gibt Empfehlungen zur Verbesserung.

Die zweite Studie [The European Child Guarantee workforce](#) beschäftigt sich mit den im Rahmen der durch die Kindergarantie abgedeckten Dienstleistungen beschäftigten Arbeitskräften. Ziel ist es, Kategorien und Definitionen dieser bereitzustellen und relevante Datenquellen in der gesamten EU abzubilden.
- **Veranstaltungshinweis:** Am 2./3. Mai findet im Rahmen der [belgischen EU-Ratspräsidentschaft](#) die Konferenz [Europäische Garantie für Kinder: vom Engagement zur Realität](#) statt.

Weitere Informationen

- Am 23. Januar fand ein von **COFACE** organisiertes [EU-Politik Webinar](#) zur Umsetzung der Europäischen Kindergarantie statt. Die Veranstaltung brachte Referent*innen aus den EU Institutionen, Ministerien und COFACE Mitgliedsorganisationen zusammen. Präsentationen und Programm können online abgerufen werden.

Europarat

Der Europarat wurde 1949 gegründet mit dem Ziel, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu fördern. Im Jahr 2024 feiert er sein 75-jähriges Bestehen ([Pressemitteilung](#)).

- Im Januar hat der Europarat den [ersten Umsetzungsbericht der Europarat-Strategie für die Rechte des Kindes 2022–2027](#) veröffentlicht.
- Am 25. Januar ist Michael O’Flaherty zum **Menschenrechtskommissar** des Europarates gewählt worden. Zuvor war er Direktor der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) ([Pressemitteilung](#)).
- Am 15. Februar hat sich der Menschenrechtskommissar für den besseren Schutz der **Menschenrechte von Sexarbeiter*innen** ausgesprochen. Unter anderem führe die Kriminalisierung von Sexarbeit, inklusive Kriminalisierung von Kund*innen und Drittparteien, zu Menschenrechtsverletzungen. Ein menschenrechtbasierter Ansatz, der die Forderungen von Sexarbeiter*innen integriert, sei daher wichtig bei der gesetzlichen Regulierung von Sexarbeit ([Pressemitteilung](#)).
- Im März hat der Europarat eine Studie zur [Stigmatisierung von Nichtregierungsorganisationen](#) veröffentlicht. Ein Ergebnis der Studie ist, dass insbesondere Organisationen stigmatisiert werden, die sich mit Themen wie LGBTIQ* Rechte, den Rechten religiöser oder ethnischer Minderheiten sowie Roma, Frauen*rechten, Menschenrechtsverteidiger*innen und dem Schutz von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, anti-Lobbying, Schutz von investigativem Journalismus, Umwelt sowie Unterstützung für Betroffene von häuslicher Gewalt beschäftigen.
- Am 6. März hat der Ministerrat des Europarates eine [Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter für den Zeitraum 2024–2029](#) veröffentlicht.
- Die bisherige **Kommissarin für Menschenrechte**, Dunja Mijatović, hat am 14. März das Diskussionspapier [Human rights and gender identity and expression](#) veröffentlicht. Der Bericht behandelt Herausforderungen, Fortschritte und den Status Quo von trans* Personen in den Bereichen Nichtdiskriminierung, Gewalt, Familienrecht, Gesundheitsfürsorge, rechtliche Anerkennung des Geschlechts, Asyl, Beschäftigung, Umwandlungspraktiken, Bildung sowie Armut und Wohnen.
- Am 20. März hat der Europäische Ausschuss für Soziale Rechte seine Schlussfolgerungen für das Jahr 2023 im Hinblick auf jene Artikel der **Europäischen Sozialcharta** veröffentlicht, die sich auf **Kinder, Familie und Migranten** beziehen ([Pressemitteilung](#)).

Aktuelle Themen

Grundrechte

- Das **European Network Against Racism (ENAR)** hat am 6. Februar eine interaktive [Anti-Rassismus Karte](#) veröffentlicht. Sie ermöglicht es, nachzuvollziehen, in welchem Umfang die Mitgliedsstaaten ihre nationalen Aktionspläne gegen Rassismus umsetzen, die auf dem [EU-Aktionsplan gegen Rassismus](#) basieren.
- Am 11./12. März fand das [Fundamental Rights Forum 2024](#) der **Agentur für Grundrechte der EU (FRA)** in Wien und online statt.

Ältere Menschen & Pflege

- Das **Deutsche Institut für Menschenrechte** hat im Januar eine [Dokumentation](#) zu den Fachgesprächen zur Vor- und Nachbereitung der 13. Sitzung der UN Open-ended Working Group on Ageing (OEWG-A) 2023 veröffentlicht. Diese stellt die Hintergründe des UN-Prozesses zur Stärkung der Menschenrechte älterer Menschen vor und gibt einen Ausblick auf den weiteren internationalen Prozess.
- Der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss** hat am 29. Januar den Bericht [Towards a European strategy for older persons](#) veröffentlicht. Er bündelt die Gedanken und Ideen, die bei der Konferenz [Present and Future of EU policy for older persons](#) Ende November in Madrid ausgetauscht wurden.
- Die **AGE Platform Europe** veröffentlichte im März ein [Special Briefing](#) zum Gender Pension Gap, das den Handlungsbedarf bei geschlechtsbezogener Ungleichheit im Alter aufzeigt.
- **Veranstaltungshinweis:** Am 18. April findet eine [Online-Veranstaltung zur Förderung der politischen Teilhabe älterer Menschen](#) statt. Der Workshop ist Teil der Reihe „Eine engagierte Zivilgesellschaft als Motor für eine altersfreundliche Gesellschaft: ein internationaler Austausch“ und wird von der **Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO)** organisiert

Kinder und Jugendliche

- In einem [offenen Brief](#) vom 23. Januar äußerten sich 53 Organisationen, wie **COFACE Europe** und **Eurochild**, zu dem [Vorschlag zur Änderung der Verordnung \(EU\) 2021/1232 des Europäischen Parlaments und des Rates über eine vorübergehende Ausnahme von bestimmten Vorschriften der Richtlinie 2002/58/EG zwecks Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet](#). Darin begrüßen die Organisationen, dass die Ausnahmeregelung für den Datenschutz in der elektronischen Kom-

munikation verlängert werden soll. Daneben wird gefordert, dass sich auf einen langfristigen Rahmen geeinigt wird und die [Verordnung zur Festlegung von Vorschriften zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern](#) verabschiedet wird.

- Am 31. Januar hat **FRA** ein [Mapping von Kinderschutzsystemen in der EU](#) veröffentlicht. Darin wird ein Überblick über Systeme zum Kinderschutz in den Mitgliedstaaten sowie ihre Entwicklung seit 2015 gegeben.
- Im Februar hat **UNICEF** einen ausführlichen Bericht sowie begleitende Policy Briefs zur [Lage der Kinder in der EU](#) veröffentlicht. Die Veröffentlichungen fokussieren sich auf Kinderarmut, mentale Gesundheit, Umwelt und digitale Technologien.
- Am 8. Februar hat das **European Youth Forum** ein [Positionspapier](#) zur Zukunft des [Europäischen Solidaritätskorps](#) herausgebracht.
- In einer [Mitteilung](#) vom 26. Februar bewertet **Eurochild** den Einfluss der aktuellen Trio-Ratspräsidentschaft auf Kinder und Jugendliche.
- Das über Horizon geförderte Forschungsprojekt **DigiGen** hat als Abschluss am 19. März das Buch [Understanding the everyday digital lives of children and young people](#) veröffentlicht. Anders als die Mehrzahl bisheriger Studien fokussierte sich das Projekt auf das Alltagsleben von Kindern und Jugendlichen aus ihrer eigenen Perspektive, und nicht nur aus der Perspektive der sie umgebenden Erwachsenen.

Gleichstellung der Geschlechter

- Die **Weltbank** hat am 5. März eine [Veranstaltung](#) zu Frauen in der Wirtschaft und vor dem Gesetz abgehalten. Eine gleichzeitig veröffentlichte [Studie](#) untersucht Gesetze in 190 Ländern die Einfluss auf die wirtschaftlichen Perspektiven von Frauen ausüben. Der Bericht stellt unter anderem fest, dass Frauen nur über zwei Drittel der gesetzlichen Rechte verfügen, die Männern zustehen.
- Das Horizon Europe Forschungsprojekt **Push*Back*Lash** hat einen Policy Brief mit ersten Forschungsergebnissen und Handlungsempfehlungen zur Anti-Gender Bewegung in Europa veröffentlicht sowie eine Reihe von Infografiken ([alle Veröffentlichungen](#)).
- **FEPS** hat am 7. März das Dossier [Women in politics: beyond representation](#) veröffentlicht. Darin werden die Rolle von Frauen in der europäischen Politik und Gesetzgebung, die Aneignung feministischer Themen durch rechtsextreme Parteien, sowie digitale Misogynie beleuchtet.

Equal Care

- Der **Equal Care Day** fand dieses Jahr am 29. Februar in Deutschland statt. Der Aktionstag macht auf die fehlende Wertschätzung und ungerechte Verteilung von Sorgearbeit aufmerksam. Das Datum wurde gewählt, da der 29. Februar als Schalttag nur alle vier Jahre stattfindet und somit die unsichtbar gemachte Care-Arbeit symbolisiert.

Aus diesem Anlass veröffentlichte das **Statistische Bundesamt** nach zehn Jahren neue Zahlen zum Gender Care Gap in Deutschland aus der [Zeitverwendungserhebung](#). Diese zeigen: Die Sorgelücke ist im Vergleich zu 2012 kleiner geworden. Jedoch leisten Frauen weiterhin mehr Sorgearbeit als Männer. Mit durchschnittlich 43,8 Prozent entspricht das über eine Stunde mehr unbezahlte Sorgearbeit pro Tag.

In der EU ist die geschlechtsbezogene Sorgelücke sogar etwas höher, wie die [Auswertung](#) der Europäischen Telefonumfrage über die Arbeitsbedingungen (EWCTS) von **Eurofound** aus dem Jahr 2022 zeigt: Im Durchschnitt leisten Frauen in der EU pro Woche 13 Stunden mehr unbezahlte Arbeit als Männer. Bei einer 7-Tage-Woche entspricht das täglich fast zwei Stunden.

- Am 6. März war **Equal Pay Day** in Deutschland. Dieser markiert symbolisch die statistische Lohnlücke zwischen Frauen und Männern in Höhe von 18 Prozent. Mit Blick auf den Lohnunterschied arbeiteten Frauen bis zum 6. März im Jahr 2024 unbezahlt.

Im Vergleich dazu liegt der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern EU-weit nur bei 12,7 Prozent. Der europäische Equal Pay Day findet voraussichtlich Mitte November statt und symbolisiert den Tag, ab dem Frauen im laufenden Jahr nicht mehr bezahlt werden.

- Am 8. März hat **FEPS** eine neue Version des [EU Care Atlas](#) veröffentlicht. Die Analyse orientiert sich an der [Europäischen Strategie für Pflege und Betreuung](#).¹⁷ Laut neuester Zahlen wird unbezahlte Sorgearbeit innerhalb der EU noch immer zu 75 Prozent von Frauen verrichtet.

Geschlechtsbezogene Gewalt

- Anlässlich der Einigung zwischen [Parlament](#) und [Rat](#) auf die Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt am 6. Februar hat die **Beobachtungsstelle** ihre [Fokusaussgabe des EU-Monitorings zu den Verhandlungen zur EU-Richtlinie gegen Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt](#) aktualisiert. Aufgrund rechtlicher Bedenken von unter anderem Deutschland und Frankreich im Rat beinhaltet der abschließende Text keine EU-weite Definition von Vergewaltigung. Dafür wurde

¹⁷ Die Strategie wird in einer [Fokus-Ausgabe des EU-Monitorings](#) der Beobachtungsstelle ausführlich vorgestellt.

ein Artikel zur Prävention von Vergewaltigung (Artikel 36) in die Richtlinie hineinverhandelt.

Viele **europäische zivilgesellschaftliche Organisationen** äußerten sich zur Einigung auf die Richtlinie zur Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Darunter die [European Women's Lobby](#), [OII Europe](#), [IPPF](#), [WAVE](#), [EL*C](#) und andere. Grundsätzlich wurde die Einigung begrüßt – die Richtlinie ist der erste bindende EU-Rechtsakt, der sich speziell mit Gewalt gegen Frauen befasst. Hervorgehoben wurden die Regelung von gegen Frauen gerichtete Online-Gewalt und die EU-weiten Standards zur Ahndung weiblicher Genitalverstümmelung und Zwangsheirat. Auch erkennt die Richtlinie erstmalig an, dass inter* Personen aufgrund von intersektionaler Diskriminierung einem erhöhten Gewaltrisiko ausgesetzt sind. Neben den positiven Errungenschaften herrscht in der Zivilgesellschaft auch Einigkeit über die große Lücke der Richtlinie: die fehlende Aufnahme einer europaweiten Definition von Vergewaltigung. Zudem werden bestimmte vulnerable Gruppen, wie Migrantinnen ohne Papiere und LBTIQ*-Frauen, von der Richtlinie nicht abgedeckt.

- Die **Weltgesundheitsorganisation** (WHO) hat am 12. März den Bericht [Intersections between violence against children and violence against women](#) veröffentlicht. In diesem werden Forschungsprioritäten festgelegt, die ein besseres Verständnis der Überschneidung von Gewalt gegen Frauen und Gewalt gegen Kinder zum Ziel haben.
- Am 21. März fand in der **kanadischen Botschaft** in Berlin die Veranstaltung [Cyber Misogyny – How do we combat hate speech against women in the digital sphere?](#) statt. Im Anschluss zu der Vorführung des Dokumentarfilms [Backlash: Misogyny in the Digital Age](#) ([Trailer](#)) gab es eine Paneldiskussion zum Thema Cyber-Misogynie und wie sie heutzutage bekämpft werden kann.

Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte¹⁸

- Im Februar und März hat die **Beobachtungsstelle** eine [Reihe von Themenblättern zum Recht auf Schwangerschaftsabbruch](#) veröffentlicht. Die Themenblätter veranschaulichen Debatten zu Menschenrechten und reproduktiver Gerechtigkeit, gesetzlichen Regelungen und Versorgungslagen in Deutschland, Schweden und den Niederlanden sowie Spanien und Frankreich und dokumentieren die Gegenbewegungen zum Recht auf Schwangerschaftsabbruch.
- Im Februar hat das **European Parliamentary Forum for Sexual and Reproductive Rights** (EPF) den [Europäischen Verhütungsatlas 2024](#) veröffentlicht. Zentrale Ergeb-

¹⁸ Der Fachbegriff sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte beschreibt das uneingeschränkte körperliche und seelische Wohlbefinden in Bezug auf alle Bereiche der Sexualität und Fortpflanzung des Menschen.

nisse wurden am 14. Februar im Parlament vorgestellt. Beim Thema Verhütung schneiden Luxemburg, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Belgien am besten ab ([Pressemitteilung](#)). Der Atlas berücksichtigt den Zugang zu Verhütungsmitteln, zu Beratung und zu Onlineinformationen.

LGBTIQ*¹⁹

- **Forbidden Colours** hat am 30. Januar eine [Studie](#) zu den Auswirkungen von Künstlicher Intelligenz (KI) auf LGBTIQ*-Personen herausgebracht. Die Studie zeigt auf, dass sich Vorurteile gegenüber marginalisierten Gruppen durch KI-Algorithmen verschärfen, schädliche Stereotypen verbreitet werden und der Einsatz von KI zur Schaffung und Verbreitung von Anti-LGBTIQ*-Narrativen beiträgt.
- Die **Arbeitsgruppe Gender Identity** von dem **European Network of Equality Bodies (EQUINET)** hat am 12. Februar den Bericht [Equality Bodies protecting the rights of rainbow families on the move](#) herausgebracht. Der Bericht gibt einen Überblick über rechtlichen Rahmen zum Schutz der Rechte und Freiheiten von Regenbogenfamilien, die über Grenzen hinweg unterwegs sind. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Rolle, die Gleichstellungsstellen spielen können. Der Bericht wurde am 26. März beim [Webinar Equality Bodies Promoting the Rights of Rainbow Families](#) vorgestellt.
- Das **griechische Parlament** hat am 15. Februar ein Gesetz angenommen, welches unter anderem die Gleichstellung der Ehe sowie Ehe- und Adoptionsrechte für gleichgeschlechtliche Paare gewährt.
- Gemeinsam mit nationalen Organisationen hat **ILGA Europe** am 28. Februar ihre [Einreichung zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2024](#) veröffentlicht. Darin bemängeln sie insbesondere die Nichtumsetzung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs zur Achtung des Privat- und Familienlebens von LGBTIQ*-Personen sowie zur rechtlichen Anerkennung des Geschlechts. Zudem bestehen weiterhin Drohungen, Hassreden, Einschränkung ziviler Räume sowie eine mangelnde Umsetzung von Gesetzen zu Hassverbrechen und Diskriminierung von LGBTIQ*-Personen fort.
- Der [13th Annual Review of the Human Rights Situation of LGBTI People in Europe and Central Asia](#) wurde am 29. Februar von **ILGA Europe** veröffentlicht.

Der Bericht gibt einen Überblick über Fortschritte und Trends auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene in Bezug auf die Menschenrechtssituation von LGBTIQ*-Personen von Januar bis Dezember 2023. In diesem Zeitraum wurde in Europa eine Vielzahl an Hassrede gegen die LGBTIQ*-Gemeinschaft und besonders gegen trans*

¹⁹ LGBTIQ* ist eine Abkürzung für die Begriffe lesbisch, schwul (im Englischen „gay“), bisexuell, trans*, inter* und queer und damit eine Abkürzung für sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten. Sollten in den Beiträgen die Schreibweise von LGBTIQ* abweichen, dann wurde diese abweichende Schreibweise vom Ursprungstext übernommen und kontextabhängig verwendet.

Personen dokumentiert. Bei dem Großteil von trans*feindlichen Aussagen wurden insbesondere das Thema Kinder für eine Panikmache instrumentalisiert. Dabei wird argumentiert, dass der Zugang zu Informationen über LGBTIQ*-Personen Minderjährigen schaden würde.

- Am 1. März hat **Global Action for Trans Equality** (GATE) ein [Toolkit](#) herausgegeben, der dabei helfen soll, Anti-Gender-Narrative zu erkennen, zu dokumentieren und ihnen entgegenzutreten.
- Anlässlich des Internationalen Tag für die Beseitigung der Rassendiskriminierung am 21. März hat die **International Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer & Intersex Youth and Student Organisation** (IGLYO) einen [Beitrag](#) veröffentlicht, in dem sie auf die mangelnde Repräsentation und Inklusion von BIPOC in Mainstream-Queer-Organisationen verweisen.
- **Veranstaltungshinweis:** Der **Lesben- und Schwulenverband in Deutschland** (LSVD), die **Stiftung „Meer Dan Gewenst“** aus den Niederlanden und das **Netzwerk der Europäischen Regenbogenfamilienverbände** (NELFA) organisieren zusammen am 11. April einen [Fachworkshop und eine Podiumsdiskussion](#) in Berlin. Thema der Veranstaltung werden Mehrelternfamilien und die Möglichkeit einer rechtlichen Absicherung sowie der Status-Quo mit besonderem Blick auf Deutschland und die Niederlande sein.

Nachhaltigkeit

- In einer [Mitteilung](#) vom 6. Februar leitet die [Europäische Kommission](#) mit Blick auf den Weg der EU zur Klimaneutralität 2050, die Vorbereitung des [Europäischen Klimaziels 2040](#) ein: Basierend auf der Empfehlung der Kommission sollen die Netto-Treibhausgasemissionen der EU bis 2040 im Vergleich zu 1990 um 90 Prozent reduziert werden. Interessengruppen und Bürger*innen sollen auf Grundlage der Mitteilung in den Prozess mit einbezogen werden.

Am 21. Februar organisierte die Vertretung der **Europäischen Kommission in Deutschland** in Berlin dazu eine [Diskussionsveranstaltung](#) mit Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften.

Die Jugendorganisationen **Generation Climate Europe**, **European Youth Forum** und **Youth and Environment Europe** haben am 7. Februar eine [gemeinsame Reaktion](#) auf das EU-Klimaziel veröffentlicht. Darin wird das ambitionierte Ziel grundsätzlich begrüßt. Bedenken werden im Zusammenhang mit dem Ehrgeiz des Ziels, der Abhängigkeit von Technologien zur Zielerreichung und der vernachlässigten Bedeutung von der Bekämpfung des übermäßigen Ressourcenverbrauchs geäußert.

SOLIDAR hat am 14. Februar ebenfalls in einen [Kommentar](#) auf das EU-Klimaziel reagiert. Darin wird vor allem die zu wenig präzise Ausgestaltung des Klimaziels bemängelt und ein Politikrahmen gefordert, um einen sozial gerechten Strukturwandel sicherstellen zu können.

Mit Blick auf den [Europäischen Grünen Deal](#) hat SOLIDAR am 29. Januar [Vorschläge für einen grünen Übergang](#) und am 12. März das Übergangsinstrument [The European Green Deal: Towards new social and ecological narratives for the European Elections 2024](#) des **Civil Society Forum for Sustainability** veröffentlicht.

- Vom 26. bis zum 27. März veranstaltete **REAL DEAL** das siebte [Zivilgesellschaftsforum für Nachhaltigkeit](#) unter dem Motto „Den Europäischen Green Deal gestalten“.

Impressum

Die **Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa** ist ein Projekt des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., welches aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird. Sie widmet sich in ihrer Arbeit der europäisch-vergleichenden Analyse gesellschaftspolitischer Entwicklungen. Ziel des Projektes ist es, den europaweiten Austausch zu fördern.

Die Publikation gibt nicht die Auffassung der Bundesregierung wieder. Die Verantwortung für den Inhalt obliegt den Autorinnen Hannah Helal, Katrin Lange, Julia Lux, Friederike Sprang und Carlotta von Westerholt.

Stichtag EU-Monitoring: 22. März 2024

Wenn Sie das EU-Monitoring per E-Mail erhalten möchten, schreiben Sie uns unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Organisation an: beobachtungsstelle@iss-ffm.de